

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Neue Förderperiode der EU-Strukturfonds: Eine Strategie für Berlin muss her!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Abgeordnetenhaus fordert den Senat auf, dem Abgeordnetenhaus einen Entwurf für die grundlegenden, Fonds-übergreifenden gesamtstrategischen Eckpunkte des Landes Berlins für die neue Förderperiode der Europäischen Strukturfonds ab 2014 bis 2020 zur parlamentarischen Befassung, insbesondere der Beratung in allen Fachausschüssen, bis zum 30.11.2012 vorzulegen.

Dabei ist insbesondere hervorzuheben, in welchen Teilen die Gesamtstrategie, auf der zukünftig die neuen operationellen Programme aufbauen müssen, neue Schwerpunkte gegenüber der ablaufenden Förderperiode setzt, inwieweit und in welcher Form die gesetzten Schwerpunkte der Europäischen Kommission (soziale, ökonomische und ökologische Nachhaltigkeit) genügend berücksichtigt werden, und inwieweit die Strategie Berlins mit den nationalen Zielen der Bundesrepublik Deutschland abgestimmt ist. Weiterhin ist herauszustellen, an welchen Stellen und in welchen Maßnahmen die Halbzeitbewertung der ESF- und EFRE-Förderperiode 2007 bis 2013 zu neuen Schwerpunkten oder zu Änderungen im Verfahren geführt haben.

Vor der Verabschiedung der Strategie für die neue Förderperiode, sowie vor der Verabschiedung der konkreten operationellen Programme, sind die Stellungnahmen und Empfehlungen des Parlamentes durch den Senat zu berücksichtigen und umzusetzen.

Begründung:

Mit der EUROPA 2020 Strategie hat die Europäische Union sich erstmals grundlegende strategische Ziele gesetzt, die ihr operationelles Handeln ab 2014 in allen Bereichen und Strukturen grundlegend bestimmt und verändert. Die Reform der europäischen Struktur- und Kohäsionspolitik für die Zeit nach 2013 läuft derzeit auf vollen Touren. Die Gelder sollen für die Instrumente der Kohäsionspolitik bereit gestellt werden, um Entwicklungsrückstände in Europa zu überwinden, Wachstum und Beschäftigung zu unterstützen, die nachhaltige Entwicklung in strukturschwachen Regionen zu stärken, sowie die soziale Integration zu ermöglichen.

Die Vorschläge der Kommission sehen vor, über Ressortgrenzen hinweg alle Fonds, die zur sozio-ökonomischen Entwicklung einer Region beitragen, unter ein Dach mit gemeinsamen Regeln, Abrechnungsmodi und Grundprinzipien zu fassen. Darunter fallen der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), der Kohäsionsfonds (KF) und der Europäische Sozialfonds (ESF). Neu dazu gehören der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER), sowie der Europäische Meeres- und Fischereifonds (EMFF), die jedoch für Berlin nachrangig sind.

Den Regionen und damit auch Berlin bietet das die Möglichkeit, über gemeinsame Programme mehrerer Fonds leichter Synergieeffekte beim Einsatz der Mittel zu schaffen. Diese Chancen muss Berlin jetzt nutzen, um soziale Integration, Geschlechtergerechtigkeit, Bildung und die energiepolitische Wende im Sinne der Europa 2020-Ziele voranzubringen.

Bei allen Fördermaßnahmen soll zukünftig stärker als bisher die Auszahlung der Fonds-Gelder davon abhängen, ob die Länder ihre eigenen, definierten und mit der Kommission abgestimmten strategischen Ziele tatsächlich erreicht haben. Die Basis dafür bilden die in der Partnerschaftsvereinbarung und in den Operationellen Programmen (OP) festzulegenden Ziele und Zwischenziele der Förderungen. In Zukunft wird die Abrechnung der Projekte und die Erfolgskontrolle deutlich aufwendiger und exakter erfolgen müssen als bislang. Und schon bei der Entwicklung von Maßnahmen muss außerdem künftig klar dargelegt werden, inwiefern sie zu den definierten Zielen beitragen, wie Erfolg gemessen werden soll - und wie, sofern sich ein Projekt oder eine Maßnahme als erfolgreich herausstellt, diese bei Bedarf nach Ende der Förderperiode verstetigt werden kann.

Dazu braucht Berlin jedoch zuerst eine Strukturfonds-übergreifende Gesamtstrategie, um die eigenen Ziele zu definieren, die Maßnahmen sinnvoll zu priorisieren, zu bündeln und aufeinander abzustimmen – wie von der Kommission gefordert. Und dabei sind außerdem zusätzlich die nationalen Ziele der Bundesrepublik Deutschlands zu berücksichtigen, die Hauptvertragspartnerin der Kommission sein wird. Dieser Prozess kann und darf nicht erst im Nachklapp passieren, wenn in den Senatsverwaltungen der Kuchen der erhofften Fördergelder nach alter Gewohnheit voreilig verteilt wurde. Berlin drohen im Zweifelsfall Millionenverluste, wenn es versucht das Pferd von hinten aufzuzäumen und Fördergelder nicht bewilligt bekommt oder zurückzahlt muss.

Es ist unwahrscheinlich, dass Berlin in der kommenden Förderperiode wieder mit den mehr als 1,4 Milliarden Euro von der EU rechnen kann, wie zwischen 2007 und 2013. Spielt Berlin nicht nach den Regeln der neuen Förderperiode, wird es sogar deutlich weniger werden als

bislang. Klar ist, dass es bei der rot-schwarzen Landesregierung aber nicht nur aus diesem Grund zu einem Umdenken beim zukünftigen Fördermitteleinsatz kommen muss:

Mit der grundsätzlichen Neuausrichtung der EU-Strukturfonds unter dem Primat der Nachhaltigkeit kann und darf es nicht einfach zu einer Wiederauflage der bisherigen Operationellen Programme (OP) Berlins kommen. So müssen sich nach den neuen Regeln alle zukünftigen OPs grundsätzlich an den Dimensionen Innovation, Nachhaltigkeit und Inklusion ausrichten. EU-Förderpolitik muss also in Berlin in Zukunft bedeuten, stärker in Bildung und Qualifizierung und die dazugehörigen Einrichtungen, sowie in Klimaschutz, Verbraucher/-innenaufklärung, Arbeit und Innovationen zu investieren und weniger in Beton!

Berlin, den 25. September 2012

Pop Schillhaneck
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen